



Liebe Leserinnen und Leser,

diese Woche haben sich die Koalitionsspitzen von CDU/CSU und SPD über einen neuen Gesetzentwurf zum Verbot von Fracking geeinigt. Am Freitag wurde darüber im Plenum des Deutschen Bundestages namentlich abgestimmt. Unkonventionelles Fracking wird verboten. Einzig wurden vier wissenschaftliche Probebohrungen zugelassen (unter Ländervorbehalt), bei den die Risiken der Technologie untersucht werden sollen. Auf Grundlage dieser Bohrungen sowie den Ergebnissen einer Expertenkommission wird der Deutsche Bundestag im Jahr 2021 gegeben falls erneut damit beschäftigen. Der vorliegende Gesetzesentwurf wird der Forderung nach einem Fracking-Verbot gerecht. Unkonventionelles Fracking wird es nicht geben. Mir war es stets wichtig, dass die Entscheidung über die unkonventionelle Fracking-Technologie auf Basis wissenschaftlicher Erkenntnisse vom Deutschen Bundestag und nicht von einer Behörde bzw. Kommission getroffen werden darf. Dies berücksichtigt das Gesetz mit der erneuten Prüfung durch den Deutschen Bundestag. Für die Probebohrungen bedarf es der Zustimmung der Bundesländer.

Aber auch beim konventionellen Fracking setzt das Gesetz klare Regeln. In Grundwasser- und Wasserschutzgebieten, Heilquellenschutzgebieten sowie Seen und Talsperren zur Trinkwassergewinnung ist Fracking grundsätzlich untersagt. Darüber hinaus können die Bundesländer weitere Verbote für Mineral-, Brauereibrunnen- und Heilquellen erlassen sowie Vorranggebiete für Trinkwasser als Ausschlussregionen festlegen. Jede Form von Fracking bei konventioneller Erdgasförderung wird einer umfassenden Umweltverträglichkeitsprüfung unterzogen. Neu ist auch, dass die Wasserbehörden ein Vetorecht erhalten und eine umfassende Bürgerbeteiligung eingeführt wird.

Mit freundlichen Grüßen

Uwe Lagosky MdB

Platz der Republik 1 | 11011 Berlin
t 030/227-71195 | f 030/227-70196

Im Kalten Tale 20 | 38304 Wolfenbüttel
t 05331/9928230 | f 05331/9928231

uwe.lagosky@bundestag.de



KURZ UND BÜNDIG

12.-18. Juni

Delegationsreise in die USA mit Mitgliedern des Ausschusses Arbeit & Soziales zum Thema Arbeit 4.0

19. Juni

1000 Jahrfeier Alt Wallmoden, Gemeinde Wallmoden

20.-24. Juni

Sitzungswoche in Berlin

TERMINE

27. Juni 13Uhr

Herrenessen der Schützengesellschaft Wolfenbüttel von 16.01 e.V

28. Juni

Sondersitzung des Deutschen Bundestages

28. Juni 19.30Uhr

Vortrag und Diskussion mit der Gesellschaft für Sicherheitspolitik, Hotel Bürgerschenke Peine

Ein schwarzer Tag für Europa

Mit dem Ausstieg Großbritanniens aus der Europäischen Union erfahren wir heute einen der schwärzesten Tage in der Nachkriegsgeschichte Europas. Das Votum der Britten hat mich tief erschüttert. Es bedeutet den Verlust eines wichtigen Partners bei der Gestaltung Europas. Nicht nur die britische Gesellschaft, sondern alle Menschen in der EU werden durch diese Entscheidung geschwächt. Die Turbulenzen an den Finanzmärkten sind nur die ersten Auswirkungen des Brexits. Der Ausstieg wird uns alle noch lange Zeit beschäftigen.

Klar ist, dass die 27 verbleibenden Mitglieder der EU Großbritannien künftig keinen Sonderstatus gewähren werden. Austritt ist Austritt. Bei den anstehenden Verhandlungen zum Binnenmarkt oder anderen Anbindungen an die EU wird Großbritannien keine besseren Konditionen bekommen können als andere Nachbarstaaten.

Europa wird sich verändern. Sicherlich auch die Europapolitik. Wir müssen nun alles daran setzen die rückwärtsgewandten nationalen Interessen zu überwinden, die sich in ganz Europa breit machen. Das Schlimmste was nun passieren kann, ist es den Populisten mit ihren wilden Behauptungen das Feld zu überlassen

TERMINE

29. Juni

Beginn der Sommertour durch den Wahlkreis:

- Wohnbau-Salzgitter
- Schiller Zahntechnik, Salzgitter
- Möhlenhoff GmbH, Salzgitter
- ASG Besichtigung, Salzgitter

01. - 02. Juli

Sitzung CDA Bundesvorstand und der CDA-Landesvorsitzenden

02. Juli 19Uhr

Gartenfest des Kleingärtnervereins Fümmelse e.V.

03. Juli

Volksfest, Groß Vahlberg



Uwe Lagosky MdB

Platz der Republik 1 | 11011 Berlin
t 030/227-71195 | f 030/227-70196

Im Kalten Tale 20 | 38304 Wolfenbüttel
t 05331/9928230 | f 05331/9928231

uwe.lagosky@bundestag.de

CDU

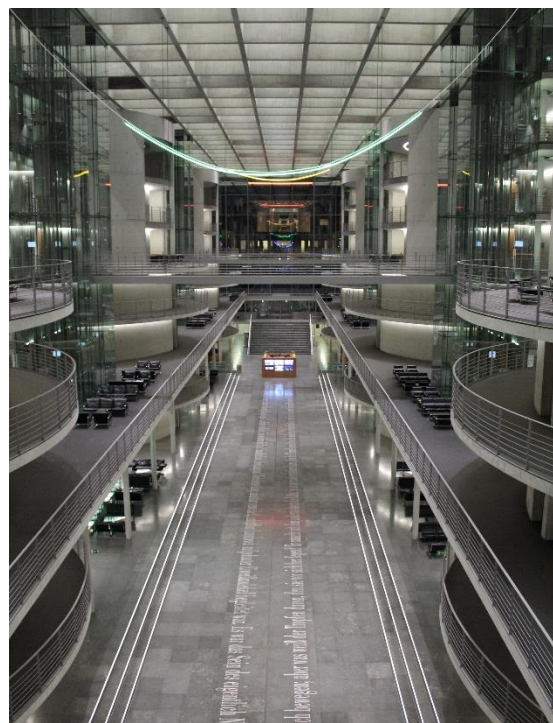


Einer von uns in Berlin – Sitzungswochen vom 20. bis 24. Juni 2016

Gesetz zur Einführung von Ausschreibungen für Strom aus erneuerbaren Energien und zu weiteren Änderungen des Rechts der erneuerbaren Energien (Erneuerbare-Energien-Gesetz – EEG 2016). In erster Lesung diskutierten wir das Gesetz, das das Fördersystem für erneuerbare Energien schrittweise auf Ausschreibungen umstellen und somit marktwirtschaftlicher machen soll. Durch die Einführung eines wettbewerblichen Systems integrieren wir die erneuerbaren Energien dabei besser in den Markt und senken die Kosten für deren Ausbau, die seit Jahren eine erhebliche, steigende Last für die Stromkunden darstellen. Anlagen unter 750 Kilowatt bleiben von der Umstellung ausgenommen, ebenso Biomasseanlagen unter 150 Kilowatt sowie Wasserkraft und Geothermie. An dem im Koalitionsvertrag vereinbarten Anteil von 40 bis 45 Prozent erneuerbarer Energien am Bruttostromverbrauch im Jahr 2025 halten wir fest. Ein jährlich festgelegter, nach Technologien differenzierter Zubau soll dabei helfen, dieses Ziel zu erreichen. Gleichzeitig bremsen wir den übermäßigen Ausbau von Windenergie an Land durch Verschärfung des sogenannten atmenden Deckels.

75. Jahrestag des Überfalls Deutschlands auf die Sowjetunion. Wir erinnerten an das Leid und Unrecht, das aus dem Angriff des nationalsozialistischen Deutschen Reiches auf die Sowjetunion entstanden ist. Am 22. Juni 1941 begann unter dem Decknamen „Unternehmen Barbarossa“ der deutsche Überfall auf die Sowjetunion. Dieser Angriff war von Beginn an als Vernichtungskrieg geplant worden. Millionen Bewohner der

Sowjetunion, Soldaten wie Zivilisten, starben in der Folge. Neben den direkten Kampfhandlungen war insbesondere das absichtlich herbeigeführte Verhungern die Ursache für das Massensterben. Wir gedenken den auf beiden Seiten gefallenen Soldaten und verneigen uns vor den Opfern des deutschen Angriffs.



Bundesbericht Forschung und Innovation 2016. Der „Bundesbericht Forschung und Innovation 2016“ stellt als Antwort auf das Jahresgutachten der Expertenkommission Forschung und Innovation alle zwei Jahre Prioritäten, Ziele und Strukturen der deutschen Forschungs- und Innovationspolitik dar. Er belegt für den Untersuchungszeitraum des Jahres 2014, dass sich die Leistungsfähigkeit der Forschung und Entwicklung in unserem Land erneut gesteigert und verbessert hat. Erstmals waren hierzulande mehr als 600.000 Menschen in diesem Sektor tätig. Im Forschungs- und Entwicklungsbereich wurden deutschlandweit mehr als 84 Milliarden Euro ausgegeben, womit der Anteil der



Uwe Lagosky MdB

Platz der Republik 1 | 11011 Berlin
t 030/227-71195 | f 030/227-70196

Im Kalten Tale 20 | 38304 Wolfenbüttel
t 05331/9928230 | f 05331/9928231

uwe.lagosky@bundestag.de

CDU

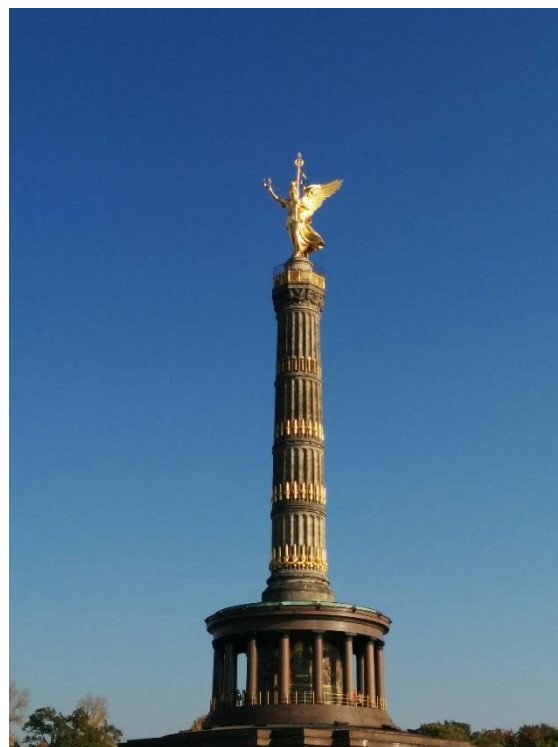


Forschungs- und Entwicklungsausgaben am Bruttoinlandprodukt bei 2,88 Prozent lag – und beinahe den angestrebten Zielwert von 3 Prozent erreicht hat. Ohne Frage zahlt sich die langfristige Schwerpunktsetzung der Union in diesem zentralen Handlungsbereich aus. Seit dem Jahr 2005 und mit Beginn einer unionsgeführten Bundesregierung hat sich die Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes deutlich verbessert. Das liegt vor allem an einem wiedererwachten deutschen Unternehmergeist, an einer Lust an der Entwicklung neuer Ideen – was wir nach Kräften und mit einer politischen Entscheidung für eine gezielte Förderung unterstützt und beflügelt haben.

Versöhnung, Partnerschaft, Zusammenarbeit – 25 Jahre deutsch-polnischer Vertrag über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit.

Unser Antrag würdigt den 25. Jahrestag des Vertrags über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Polen vom 17. Juni 1991. Dieser Nachbarschaftsvertrag stellt gemeinsam mit dem am 14. November 1990 geschlossenen Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über die Bestätigung der zwischen ihnen bestehenden Grenze eine historische Zäsur dar, welche die bereits in den Jahrzehnten zuvor begonnene Aussöhnung und Normalisierung zwischen der Bundesrepublik und Polen auf eine feste Grundlage stellte. Wir würdigen in diesem Antrag erstmals ausdrücklich die Bedeutung, die der „Charta der deutschen Heimatvertriebenen“ aus dem Jahr 1950 für die Aussöhnung mit Polen zukommt. Dass die Heimatvertriebenen das Schaffen eines geeinten Europas als Antwort auf die Schrecken des Zweiten Weltkriegs setzten und auf Vergeltung für ihre Vertreibung

verzichteten, bewerten wir als einen wichtigen deutschen Beitrag zur Versöhnung der europäischen Völker.



Gesetz zur Digitalisierung der Energiewende. Mit dem Gesetzentwurf, den wir in zweiter und dritter Lesung beschlossen, regeln wir den schrittweisen verpflichtenden Einbau von intelligenten Stromzählern – sogenannten Smart Metern – die einen wichtigen Baustein für intelligente Stromsysteme und damit einen effizienteren Ressourceneinsatz darstellen. Ab 2017 erfolgt die Verpflichtung für alle Verbraucher ab einem Jahresstromverbrauch von 10.000 Kilowattstunden. Erst ab 2020 können Messstellenbetreiber auch kleinere Haushalte unter Einhaltung sinkender Preisobergrenzen einbeziehen, sofern dies technisch möglich und wirtschaftlich vertretbar ist. Gleichzeitig stellen wir sicher, dass durch technische und regulative Voraussetzungen jederzeit ein hohes Datenschutzniveau gewährleistet wird. Der intelligente Stromzähler kann bei Privatkunden einmal im Jahr den Zählerstand



Uwe Lagosky MdB

Platz der Republik 1 | 11011 Berlin
t 030/227-71195 | f 030/227-70196

Im Kalten Tale 20 | 38304 Wolfenbüttel
t 05331/9928230 | f 05331/9928231

uwe.lagosky@bundestag.de



an den Stromanbieter elektronisch übermitteln, das Ablesen durch den Stromkunden entfällt also.

Gesetz zur Änderung des Standortauswahlgesetzes. Wir beschloßen in zweiter und dritter Lesung eine Änderung des Standortauswahlgesetzes, die wir in breitem politischem Konsens aller Fraktionen vorbereitet haben. Diese Änderung ermöglicht die Einrichtung eines „Nationalen Begleitgremiums“, das als wichtiges Instrument der Öffentlichkeitsarbeit und Bürgerbeteiligung bei der Ermittlung eines Standorts für die Endlagerung radioaktiver Abfallprodukte wirken soll. Ihm kommt ebenfalls die Aufgabe einer Schlichtung zwischen den bei der Suche eines geeigneten Standortes für die Endlagerung beteiligten Stellen zu.

Wussten Sie schon...?



..., dass es im Plenarsaal des Deutschen Bundestages einen Aufzug gibt, der sich hinter der Präsidiumswand befindet und zwischen dem Erdgeschoss und 1. Obergeschoss fährt, damit allen Teilnehmern einer Plenumsitzung mit einer Gehbehinderung der direkte Zugang zum Plenarsaal ermöglicht werden kann.

Daten und Fakten

Beschäftigungsrekord erwartet. Die Zahl der Beschäftigten soll nach Prognosen des

Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK) in diesem Jahr zum elften Mal in Folge steigen und damit den höchsten Stand seit Bestehen der Bundesrepublik erreichen. Grund dafür ist die hohe Binnennachfrage. 130.000 zusätzliche Arbeitsplätze schaffen dabei vor allem unternehmensbezogene Dienstleister wie etwa Forschungseinrichtungen, Architekturbüros oder Rechts- und Steuerberatungen. Unternehmen aus Handel, Verkehr und Gastgewerbe planen 120.000 neue Stellen, ebenso Gesundheits- und Bildungsdienstleister wie ambulante Pflegedienste oder Sprachschulen. Im Baugewerbe rechnet man bei 35.000 neuen Arbeitsplätzen mit dem stärksten Zuwachs seit vier Jahren. Auch in der Industrie (25.000), bei sonstigen Dienstleister (25.000) sowie Unternehmen der Informations- und Kommunikationsbranche (15.000) rechnet man mit Neueinstellungen. Problematisch für viele Branchen ist der Fachkräftemangel, ohne den der Personalaufbau sogar noch stärker ausfallen könnte. (Quelle: Deutscher Industrie- und Handelskammertag)

Weniger Streiktage in Deutschland. Nach dem mit rund 2 Millionen Streiktagen in der Summe ungewöhnlich intensiven Jahr 2015 zeichnet sich nach den ersten sechs Monaten für 2016 ein deutlich geringeres Streikvolumen ab. Das gab das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung bekannt. Im ersten Halbjahr waren nach dessen Schätzung bisher rund 405.000 streikbedingte Ausfalltage zu verzeichnen. Insgesamt wird für das gesamte Jahr 2016 mit höchstens 500.000 Streiktagen gerechnet. Für die hohe Zahl an Streiktagen im vergangenen Jahr waren vor allem große, über Wochen andauernde Arbeitsniederlegungen, die in diesem Jahr bislang ausblieben. Die



Uwe Lagosky MdB

Platz der Republik 1 | 11011 Berlin
t 030/227-71195 | f 030/227-70196

Im Kalten Tale 20 | 38304 Wolfenbüttel
t 05331/9928230 | f 05331/9928231

uwe.lagosky@bundestag.de



Beteiligung an Streiks und insbesondere Warnstreiks blieb jedoch unverändert hoch. Im ersten Halbjahr 2016 legten nach Gewerkschaftsangaben rund eine Million Beschäftigte zu unterschiedlichen Zeitpunkten die Arbeit nieder. Dies sind in etwa so viele wie im gesamten Vorjahr. (Quelle: Wirtschaft- und Sozialwissenschaftliches Institut der Hans-Böckler-Stiftung)

Besuch in Berlin

BPA-Fahrt in Berlin. Zum zweiten Mal in diesem Jahr konnte ich 50 Bürgerinnen und Bürger aus meinem Wahlkreis in Berlin begrüßen. Sie alle waren meiner Einladung gefolgt und Teilnehmer einer zweitägigen Bildungsfahrt des Bundespresseamtes.



Auf dem Programm stand u.a., neben dem Besuch einer Informationsveranstaltung im Deutschen Bundestag und einem Kuppelbesuch, auch der Besuch des Presse- und Informationsamtes sowie der Konrad-Adenauer-Stiftung. Die Gruppe sah darüber hinaus bei einer Stadtrundfahrt viele politische Wahrzeichen der Stadt Berlin und besichtigte ausführlich das Haus der Wannsee-Konferenz. Vor der Rückfahrt am Donnerstag konnte sich die Gruppe zudem ein Bild von der Teilung der Stadt in der Gedenkstätte Berliner Mauer machen.

Während des Besuchs führte ich einige Gespräche rund um aktuelle Themen direkt

aus unserer Heimat und berichtete über das bundespolitische Geschehen. Falls auch Sie an einer politischen Bildungsfahrt interessiert sind, melden Sie sich gerne bei meinem Wahlkreisbüro in Wolfenbüttel.

Besuch des Gymnasiums Große Schule Wolfenbüttel. Vergangene Woche besuchten Schüler des Gymnasiums Große Schule aus Wolfenbüttel den Deutschen Bundestag in Berlin. Sie waren meiner Einladung gefolgt und lernten etwas über die Arbeit eines Bundestagspolitikers. Die Gruppe wurde durch einen meiner Mitarbeiter begrüßt und tauschte sich mit ihm über unterschiedliche politische Themen aus. So gab es eine rege Diskussion über energie- und umweltpolitische Aspekte in der Region. Dabei ging es um die Fracking-Technologie sowie dem emotionalen Thema der Atompolitik.



Im Anschluss des Gesprächs konnte die Gruppe bei gutem Wetter die Kuppel des Reichtages erkunden.

Zum Schluss, doch nicht das Letzte

Delegationsreise in die USA mit Mitgliedern des Ausschusses Arbeit & Soziales zum Thema Arbeit 4.0. Vergangene Woche reiste ich für eine Delegationsreise des Deutschen Bundestages in die USA, um mich mit amerikanischen Akteuren zur Digitalisierung der Arbeitswelt zu unterhalten. Die erste



Uwe Lagosky MdB

Platz der Republik 1 | 11011 Berlin
t 030/227-71195 | f 030/227-70196

Im Kalten Tale 20 | 38304 Wolfenbüttel
t 05331/9928230 | f 05331/9928231

uwe.lagosky@bundestag.de



Station der Reise war San Francisco und das Silicon Valley. Dort führten wir unter anderem Gespräche mit Arbnb, Google sowie Cisco Networks, die als Pioniere die digitale Entwicklung vorantreiben. Weiter ging es dann in Detroit, der automobilen Hauptstadt der USA. Hier tauschten wir uns mit Vertretern von General Motors, VW sowie der Autogewerkschaft UAW aus. Sie gaben uns Einblicke in die Entwicklung des amerikanischen Automobilssektors. Als letzte Station besuchten wir Washington D.C., wo wir uns mit politischen Akteuren über das Thema Arbeit 4.0 unterhielten. Unter anderem gab uns die Deutschen Botschaft ein detailliertes Briefing über die Arbeitsmarktlage in den USA.



Insgesamt war die Delegationsreise mit 24 Gesprächsterminen in drei Städten sehr informativ und gab mir neue Eindrücke über Arbeitslage in den USA. Mein Fazit ist: Deutschland ist gut für die Zukunft aufgestellt. Besonders unser Bildungs- und Ausbildungssystem sowie die Sozialpartnerschaft und Schutzstandards verschaffen Deutschland einen erheblichen Wettbewerbsvorteil gegenüber anderen Ländern. Dies gilt es zu sichern und auszubauen.

Was wir allerdings benötigen, ist Risikokapital für Menschen, die sich für eine Selbständigkeit entscheiden. Das gilt insbesondere für die, die an der Grenze zwischen Forschung- und Entwicklung zur wirtschaftlichen Anwendung arbeiten. Hier sind uns einige Regionen in den USA voraus.

**Uwe Lagosky MdB**

Platz der Republik 1 | 11011 Berlin
t 030/227-71195 | f 030/227-70196

Im Kalten Tale 20 | 38304 Wolfenbüttel
t 05331/9928230 | f 05331/9928231

uwe.lagosky@bundestag.de

CDU